

Fragen und Fakten zur HSK-Privatisierung

Wozu überhaupt privatisieren?

Größere Investitionen und ein möglicher Neubau sind noch lange kein Grund, um private Kapitaleigner am Klinikbetrieb zu beteiligen und ihnen Einfluss auf das Unternehmen HSK zu verschaffen. Eine Teilprivatisierung der HSK wäre die teuerste Art der Baufinanzierung. Die Finanzierung von Gebäuden und Ausstattung mit medizinischen Geräten ist eine Aufgabe von Ländern und Kommunen.

Gewinner und Verlierer

Angeblich soll eine Teilprivatisierung die HSK-Defizite beseitigen und die Stadtkasse entlasten. Ein Irrtum. Private Investoren wollen vor allem Geld verdienen. Dazu lassen sich oft in geheimen Verträgen ihre Einnahmen absichern. Wenn Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden, zahlen wir alle am Ende drauf.

Gewinner sind die privaten Kapitaleigner, die Rendite kassieren und sich die Filetstücke unter den Nagel reißen. Gewinner sind auch Geschäftsleitung und Aufsichtsrat. Sie werden oftmals mit Gehaltserhöhungen, Boni oder Sonderzahlungen für die Privatisierung „belohnt“. Zu den Gewinnern zählen auch beteiligte Banken, Anwälte und Berater.

Verlierer sind Beschäftigte und Patienten. Statistiken belegen: In privatisierten Kliniken sind Löhne, Gehälter und Arbeitsbedingungen schlechter als in öffentlichen. Vor allem Kassenpatienten leiden darunter, wenn überlastete Ärzte und Pflegepersonal sich nicht mehr gründlich um die einzelnen Menschen kümmern können. Das kann im Extremfall auch über Leben und Tod entscheiden.

Millionen in den Sand gesetzt?

Niemand hat nachgewiesen, dass ein Abriss der 30 Jahre alten HSK-Gebäude und ein kompletter Neubau tatsächlich nötig und billiger wären als eine Sanierung und Modernisierung der bestehenden Bauten. Mit einem Neubau würden die Millionen, die in den letzten Jahren für die Renovierung und Modernisierung von Abteilungen wie Intensivstation und Notaufnahme ausgegeben wurden, auf der Bauschutt-Deponie landen.

Woher kommen die Defizite?

Offensichtlich haben die HSK-Defizite viel mit Einnahmerückgang durch Gesetzesänderungen und mit Unterfinanzierung von Krankenhäusern durch das Land zu tun. Das hat einen „Investitionsstau“ ausgelöst. Fragwürdig sind die Gutachten, die HSK-Geschäftsführung und Stadt in Auftrag gegeben haben. Sie kosteten 14 Millionen Euro.

Bettenabbau

Mit der Teilprivatisierung soll die Bettenzahl um gut 30 Prozent von bisher 1000 auf 700 zurückgehen. Dabei werden schon heute manche Patienten wegen Überbelegung auf den Fluren „geparkt“. Bisher waren die HSK eine Klinik der Maximalversorgung mit hochwertiger, wohnortnaher Versorgung für alle. So muss es bleiben. Eine privatisierte, auf Profit getrimmte Klinik würde viele Arbeitsplätze abbauen und könnte sich zahlungskräftigere PatientInnen aussuchen. Wer KassenpatientIn ohne Zusatzversicherung ist, würde unter Umständen nicht mehr aufgenommen werden. Gute Pflege darf aber nicht vom Profit oder der Versicherungskarte abhängen.

Nur 49 Prozent?

Alle Erfahrung mit Teilprivatisierungen zeigt: Sind erst einmal Private an Bord, so ist der Renditezwang obers-

tes Gebot. Dabei ist egal, ob der private Anteilseigner zu 25, 49, 75 oder 100 Prozent mit im Boot sitzt. Meistens bleibt es auch nicht bei 49 Prozent. Das Management würde alle Bereiche, die nicht ausreichend Rendite bringen, einem rücksichtslosen Sparzwang unterwerfen, abbauen oder ganz abstoßen.

Opfern wofür?

Die HSK-Belegschaft hat bereits Opfer gebracht. 2007 trat ein Sanierungs-Tarifvertrag mit Lohnverzicht und Kürzungen bei der Betriebsrente in Kraft. Dagegen erhielt HSK-Geschäftsführer Holger Strehlau 2008 eine satte Gehaltserhöhung von 27 Prozent. Mit einem Jahresgehalt von mindestens 354.000 Euro bezieht er ein höheres Einkommen als die Bundeskanzlerin.

Geheimdiplomatie

Angeblich werden Belegschaft und Stadtparlament am Bieterverfahren beteiligt. Vertreter von Betriebsrat und Belegschaft sollen in einer Projektgruppe informiert werden. Doch sie müssen schweigen. Das ist Geheimdiplomatie. Von Mitbestimmung keine Spur. Nach dem Motto „Friss oder Stirb“ sollen Beschäftigte, Stadtparlament und Einwohnerschaft vollendete Tatsachen schlucken. Dabei lehnt eine Mehrheit der HSK-Beschäftigten eine Kapitalprivatisierung ab.

Die Kompetenz ist da – im Betrieb

Tatsächlich sind große kommunale Kliniken nicht einmal zwangsläufig defizitär. Nach einem Gutachten des Deutschen Krankenhausinstituts arbeiten 80 Prozent wirtschaftlich. Die Öffentlichkeit muss erfahren, wo krasse Managementfehler im HSK-Konzern gemacht wurden.

Die HSK-Belegschaft ist hochkompetent und weiß, wie der Betrieb optimaler laufen kann. Niemand kennt die Arbeitsabläufe und technischen Belange besser als sie. Lasst sie ran!



DIE LINKE.

www.dielinke-wiesbaden.de

Impressum: DIE LINKE, Wiesbaden, Römerberg 9, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611 30 86 498 oder 0611 40 68 07 oder 0173 65 28 418
wahlkreisbuero@dielinke-wiesbaden.de - www.dielinke-wiesbaden.de
Text und Gestaltung: Hans-Gerd Öfinger, V.i.S.d.P.: Jörg Jungmann